

Das Ende der Wende? Protagonisten der EEG-Abschaffung

Im September 2009 wurde der Umweltschutzorganisation Greenpeace ein Dokument zugespielt mit höchst interessantem Inhalt.

Das Papier der Kommunikationsagentur PRGS mit dem Titel „Kommunikationskonzept Kernenergie“ entwickelte eine „zeitlich den Wahlkampf begleitende politische Kampagne“ mit dem Ziel einer „positiven Beeinflussung der Kernenergie-debatte“. **Empfängeradresse: e.on.**

Es lohnt sich auf jeden Fall das Papier zu lesen. Man lernt daraus vermutlich mehr über die Funktionsweise von Politik als in manchen Politik-Lehrbüchern. PRGS empfahl eine aktive, aber diskrete Kommunikationsstrategie, um im Wahljahr die Stimmung pro Atom zu drehen (Kapitel 3). E.ON solle auf eine (laute) Werbekampagne pro Kernenergie verzichten und sich stärker auf „**leise PR**“ (S. 7) konzentrieren, die die Gegenseite nicht unnötig mobilisiere.

August 2010 gab es eine Anzeigenkampagne von 40 Managern, die Laufzeitverlängerung von AKWs forderten. Der politische Beschluss dazu folgte im Oktober. Die Manager von e.on (Johannes Teyssen) und RWE (Jürgen Großmann) waren zwar nicht als eigentlicher Absender, so immerhin aber noch namentlich und offen ersichtlich als „Unterstützer“ aufgetreten. Das war dann wohl noch „**leise PR**“.

Heute beobachten wir zu 2009/2010 identische Anzeigenkampagnen oder Plakatkampagnen an Bahnhöfen oder einen Aufruf an die Kanzlerin, das EEG abzuschaffen im Rahmen einer Themenkampagne der INSM. Ein direkter Absender oder Unterstützer ist nicht erkennbar, sondern intransparent. Das ist dann wohl eine „**stumme PR**“

Seit Juli 2012 ist Atom-Hardliner Wolfgang Clement, Aufsichtsrat der Konzerntochter RWE Power AG Vorsitzender des Kuratoriums der INSM, die eine Lobbyorganisation der deutschen Wirtschaft ist. Ihre Aufgabe ist es, über eine Vielzahl an PR-Maßnahmen den Diskurs in den Massenmedien so zu lenken, dass die Interessen der Wirtschaft durchgesetzt und in politische Beschlüsse gefasst werden. Wer für welche Themensetzung wie viel Gelder zur Verfügung stellt, ist intransparent. Ab Clements Vorsitz steht auf der Agenda erstmals das Thema Energiepolitik. August/September begannen die ersten Anzeigenkampagnen in allen überregionalen Zeitungen.

Eine nicht nur leise PR, sondern unsichtbare, völlig stumme PR ist offensichtlich spätestens seit Fukushima notwendig geworden, seitdem klar wurde, wie effektiv Organisationen wie campact („Demokratie in Aktion“) und ausgestrahlt (Atomausstieginitiative) werden können, wenn sie zu Massendemonstrationen und Menschenketten über das Internet aufrufen. Acht Atomreaktoren sind vom Netz. Damit wurde wohl nicht gerechnet.

Campact und ausgestrahlt haben bereits auf das ringsum und an allen Bahnhöfen zu beobachtende eingesetzte diesjährige „Kommunikationskonzept“ reagiert. Vor Weihnachten waren an etlichen Bahnhöfen diese Plakate zu sehen, die Design und Wortwahl der INSM-Originalplakate nur leicht abänderten. Seitdem liegt zumindest zu den Plakatkosten der vorherigen **stummen PR** etwas mehr Transparenz vor: fünfunddreißig Euro pro Tag für ein kleines Bodenplakat.

Das Greenpeace zugespielte „Kommunikationskonzept Kernenergie“ zeigt auf, worin der Schwerpunkt aller angewandten Methoden liegt:

Angedachte Maßnahmen: möglichst „neutral“

Das ganze Kapitel 5 sei zur Lektüre empfohlen. Deutlich wird, wie stark es darum geht, unauffällig und vermeintlich neutral zu agieren. Die konkret beabsichtigten Ziele hinter einzelnen Maßnahmen sollen nicht zu deutlich werden, **externe Studien für mehr Glaubwürdigkeit sorgen, um die eigenen**

Botschaften und Ziele vermeintlich neutral zu verpacken. So heißt es z.B. auf Seite 93 des Papiers: "Politiker bevorzugen wie Journalisten quellenbasiertes Informationsmaterial, das die Neutralität der Information suggeriert."

Betonung liegt auf „suggeriert“

Und so schauen wir doch mal, welche vorgeblich „unabhängigen“ Experten zum heutigen Thema „Rettung der Energiewende durch Abschaffung des EEGs“ mit Studien eine Neutralität der Information **suggerieren sollen**, wer der Träger ist und wer sich auf wen bezieht. Studien im Auftrag der INSM (ausgiebig thematisiert über alle Medien) wurden erstellt von:

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)

Das RWI wird u.a. finanziert von der "[Gesellschaft der Freunde und Förderer des RWI](#)". Der Präsident dieser Gesellschaft war ab 1996 Dietmar Kuhnt (Vorstandsvorsitzender RWE AG 1995-2003), danach bis vor kurzem (Juni 2012) Rolf Pohlig (Finanzvorstand RWE AG). Das RWI-Institut hat 2008 eine Studie veröffentlicht, dessen Ergebnis war: "Kernkraft dämpft den Preisanstieg beim Strom", die im [Juli 2008 vor allem über die BILD-Zeitung unter "7 Wahrheiten über Kernkraft"](#), als auch über dpa an alle Zeitungen verbreitet wurde.

Energiewirtschaftliche Institut an der Universität zu Köln (EWI)

Das [EWI wird vom Förderverein Gesellschaft zur Förderung des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln e.V. getragen](#), der wiederum hauptsächlich von deutschen Energieversorgungsunternehmen und Organisationen der deutschen Energiewirtschaft finanziert wird. Besondere Aufmerksamkeit hat das EWI 2010 durch die Veröffentlichung einer Studie bekommen, die Grundlage für die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken wurde.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW)

Das 1951 als Deutsches Industrie-Institut (DI) gegründete IW wird von Verbänden und Unternehmen der privaten Wirtschaft finanziert. Trägervereine sind die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Das [Institut der deutschen Wirtschaft Köln](#) ist die Muttergesellschaft der Lobbyorganisation INSM. Deren Rolle wurde bereits beschrieben. Wolfgang Clement ist neben seiner Tätigkeit für RWE und INSM auch Senior Advisor der [Agentur Deekeling und Arndt, die im Auftrag des Atomforums](#) ein Kommunikationskonzept zur Forcierung einer Laufzeitverlängerung erstellt hat (siehe Link zum Download). Die Laufzeitverlängerung wurde im Oktober 2010 von der Politik umgesetzt.

Folgende „unabhängigen“ Experten, Wirtschaftsweisen o.a. empfehlen parallel ebenfalls die Abschaffung des EEGs und drängen auf das RWI Quotenmodell. Deren Stellungnahmen werden flächendeckend regelmäßig über alle Kanäle verbreitet.

Sachverständigenrat zur Begutachtung für gesamtwirtschaftliche Entwicklung (5 Wirtschaftsweise)

Einer der 5 Mitglieder des Sachverständigenrats ist **Chr. Schmidt, Präsident des RWI**, die im Auftrag der INSM den Vorschlag des Quotenmodells als Ablösung des EEGs erstellt haben. Mit anderen Worten: Wenn Herr Schmidt als Sachverständigenrat spricht, spaltet sich seine Persönlichkeit, da er als „Außenstehender“ das Modell empfiehlt, das er, bzw. sein Mitarbeiter in seinem Auftrag selbst erstellt hat. Verrückte Welt!

Wirtschaftsrat der CDU

Der [Wirtschaftsrat der CDU](#) ist ein bundesweit organisierter, unternehmerischer Berufsverband mit derzeit rund 12.000 Mitgliedern. Zum Bundesvorstand des Wirtschaftsrats gehört u.a. auch Hildegard Müller. Sie ist Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft, in dem die vier großen Energiekonzerne eine dominierende Rolle einnehmen. Vor dieser Tätigkeit war sie Staatsministerin im Bundeskanzleramt ihrer Freundin Bundeskanzlerin Angela Merkel. 2010 setzte sich der Wirtschaftsrat massiv für die Laufzeitverlängerung ein.

Monopolkommission (Justus Haucap)

Justus Haucap empfiehlt die Abschaffung des EEGs und Einführung des Quotenmodells. Dieses führt zu einer stärkeren Marktkonzentration und somit Monopolbildung. Die Monopolkommission soll für mehr Wettbewerb sorgen und Monopolbildung verhindern.

Herr Haucap spielte auch bei der Verlängerung der Laufzeitverlängerung im Rahmen des „Kommunikationskonzept Kernenergie“ eine Rolle. Hier zu sehen im Ökonomenblog der INSM 2010 <http://www.insm-oekonomenblog.de/3462-kernkraft-macht-schlau/>

Sollte jemand fehlen, lobbypedia, die direkte Suche auf der INSM-Seite oder wikipedia helfen bestimmt weiter.

Respekt! Die Damen und Herren sind gut vernetzt! Nach außen hin eine Vielzahl an unterschiedlichen Akteuren und Meinungen vortäuschend, zeigt sich bei näherem Hinschauen vor allem bzgl. der Trägerschaft und Finanzierung, wer die eigentlichen Wirtschaftsunternehmen sind, die dahinterstehen.

Die Haltung der INSM wenige Tage nach dem Super-Gau in Fukushima ist hier zu sehen: <http://www.insm-oekonomenblog.de/5731-kein-kostenloser-kernenergie-ausstieg/>

Die kurz vor Beschluss der Laufzeitverlängerung hier:

<http://www.insm-oekonomenblog.de/4505-kkw-strom-klimaschonenden-und-preiswert/>

Tipp: Der Ökonomenblog der INSM zur Themengruppe Umwelt ist chronologisch aufgebaut und zeigt einen gesamten Überblick über die Handlungsempfehlungen der jeweiligen Institute an die Politik zu sämtlichen Themen der Energiepolitik, rückverfolgbar bis ca. 2009. Im Auftrag der INSM erstellte Studien (gilt auch für andere Themenbereiche der Politik) gehen stets flächendeckend an alle Medien, inkl. TV und Radio. Ziel der INSM ist es, einen Diskurs über gezielte Öffentlichkeitsarbeit in die gewünschte Richtung zu lenken.

Das im Ökonomenblog ausgiebig favorisierte Quotenmodell führt zu einem sofortigen Beenden der dezentralen Energiewende und zu einer Marktkonzentration weniger Konzerne. Somit geht es bei der Forderung zur Abschaffung des EEGs nicht um die „Rettung der Energiewende“, sondern um die **Rettung der Energiekonzerne** ! Da fügt sich ein Puzzlestück an das andere und erklärt sich, warum ausgerechnet diese Institute, deren Trägerschaft recherchierbar ist, diese Modelle empfehlen.

Stärkere Marktkonzentration hat zwangsläufig höhere Endverbraucherpreise zur Folge, wenn es keine Alternativen gibt, ist der Verbraucher abhängig und muss jeden Preis akzeptieren, das zeigt allein der tägliche Blick auf die Tankstellen. Eine zunehmende Marktkonzentration geht zu Lasten der Verbraucher – in weitaus **stärkerem Maße** als das selbst mit der jetzigen **politisch so aufgeblähten** EEG-Umlage der Fall ist. Profiteure einer starken Marktkonzentration sind vor allem diejenigen **10% unserer Bevölkerung**, die bereits über 50% des deutschen Gesamtvermögens besitzen, wie spitzenverdienende Manager und Großaktionäre der verbleibenden Energiekonzerne. Was wird als Argument stets suggeriert? Bezahlbare, gerechte Strompreise?

Das Verdrehen der Worte oder Umdeuten oder selbst Aneignen positiv besetzter Begriffe im Rahmen von Agenturberatung hat Tradition. Im Kommunikationskonzept von 2009 heißt es unumwunden, Ziel der politischen Kampagne sollte es sein, „CDU/CSU und FDP mit neuen Argumentationsansätzen“ zu versorgen. Also eine Rhetorik-Schulung von Politikern. So riet das Konzept von 2009 einen „Schulterschluss zwischen Kernkraft und Erneuerbaren Energien zu betonen“, denn so könne das EVU „Brücken zu Klimaschützern bauen und versuchen, über diese Flanke die Front der Kernkraftgegner aufzuweichen. Aha. Jetzt macht er endlich Sinn, dieser so oft gehörte Satz der Brückentechnologie als Einstieg in das Zeitalter der Erneuerbaren. So ist er entstanden! Endlich Klarheit!

Was mag wohl im Kommunikationskonzept 2011/2012 für eine „Argumentationshilfe“ empfohlen worden sein? Und zu wem sollte diesmal eine Brücke gebaut werden, nein, wer sollte diesmal auf die

eigene Seite gezogen werden? Der Geringverdiener, der (noch !) keine eigene PV-Anlage besitzt. zumindest solange, bis er noch nicht [mittels Solar-Guerillero](#) ebenfalls PV-Strom erzeugt

Bei der INSM gibt es übrigens seit Gründung unzählige Kampagnen zu den Themen Sozialabbau, Minijobs, Mindestlohn, die durch zeitgleiche „Politikberatung“ und Umsetzung maßgeblich dafür gesorgt haben und weiterhin sorgen, dass es immer weitere Kreise an Menschen gibt, die so wenig Geld monatlich zur Verfügung haben, dass sie ihren Strom nicht mehr bezahlen können. Umso erstaunlicher, dass sie sich bei der EEG-Kampagne für diese Bevölkerungsgruppe stark macht.

Also, Hosen runter! Um welche Ungerechtigkeit geht es hier eigentlich? Darum, dass genau die Konzerne, von denen 10% der Deutschen, wie Spitzenverdienende Manager und Großaktionäre in unglaublicher Höhe profitieren, 25% Marktanteile verloren haben und diese, wenn der dezentralen EEG-Bürgerenergie-Wende nicht endlich ein Ende gesetzt wird, noch weitere Marktanteile verlieren werden ?

Und somit löst sich auch hier endlich das Rätsel, warum ausgerechnet der FDP-Wirtschaftsminister oder der marktradikale Redakteur der Wirtschaftswoche plötzlich und unerwartet zu den Rettern der Armen werden! ARGUMENTATIONSHILFEN ! NEUE ARGUMENTATIONSANSÄTZE!

Die weiteren sind nicht schwer zu erraten. Es reicht, auf die Website der INSM zu gehen, die täglichen Schlagzeilen der FAZ oder Welt zu verfolgen oder die FDP-Schultafel-Kampagne zu betrachten. „Neue Argumentationsansätze“ für CDU/CSU und FDP-Politiker. So wie 2009 auch, ganz im Sinne des Auftraggebers. Hier die Schultafeln der FDP

<http://www.facebook.com/media/set/?set=a.10151222935667250.486687.21289227249&type=3>

Nachdem jeder intensiv die Wortbegriffe des diesjährigen „neuen Argumentationsansatzes“ des Kommunikationskonzeptes für das Wahljahr 2013 verinnerlicht hat, kommen wir zum nächsten Schritt der Kommunikationsempfehlung.

Auf S. 92 des [Kommunikationskonzeptes Kernenergie](#), das zum Download zur Verfügung steht, heißt es als Empfehlung: PRGS schlägt zudem vor, über das Internet die „Junge Generation der Nicht-Gorleben-Sozialisierten“ zu beeinflussen: „Beginnend mit einer Bestandsaufnahme relevanter Blogs werden Argumente pro Kernenergie in den Webdiskurs eingespeist. [...] Entsprechend der Ausrichtung identifizierter Blogs werden die entwickelten Argumente zielgruppenadäquat formuliert und eingespeist“ (S.92).

In den Webdiskurs eingespeist? Pfui! Fingierte Kommentare? Echt jetzt? Sowas gibt es? Wie soll das denn gehen?

Auch hierzu gibt die gleiche Kommunikationsagentur eine Anleitung. Die Agentur hat lediglich inzwischen ihren Namen gewechselt. Gab es nach der unfreiwilligen Veröffentlichung im Netz etwa einen Imageschaden? [Der Anleitungsfaden](#) der Agentur erklärt auf S. 11, wie mittels Suchdiensten wie Google Alerts o.a. News, Blogs, Foren durchsucht werden und sofort nach Erscheinen eines Artikels oder anderer Kommentare mittels Benachrichtigungsfunktion augenblicklich reagiert werden kann. Sowas gibt es wirklich?

Machen wir einfach mal den Test und schauen unter welchen Themen welche Kommentare stehen und ob es Kommentatoren im Kommentarbereich gibt, die ihre Aufforderungen zur Abschaffung des EEGs besonders gern direkt nach der Veröffentlichung des Artikels tun. Prüfen wir mal, ob es Kommentare gibt, die für zufällig dahin geratene Nicht-PV-Ler ungewöhnlich viele Detailinformationen zur Energiewirtschaft haben und trotz unterschiedlicher Namen in ähnlicher, stereotyper Form unentwegt die Formulierungen der „neuen Argumentationsansätze“ verwenden -> siehe [FDP-Tafeln](#). Schauen wir mal, ob es Kommentare gibt, die möglichst schnell über das

Gegenmodell der INSM, also das Quotenmodell diskutieren wollen. Gibt es sowas im pv magazin? Das möge jeder selbst schauen.

So kommen wir immer wieder zum Quotenmodell, das nicht die „Rettung der Energiewende“, sondern die RETTUNG DER ENERGIEKONZERNE bedeutet, was spätestens anhand der Querfinanzierung der Institute und sonstigen miteinander vernetzten „Experten“ transparent geworden ist. Somit also die Auftraggeber des Kommunikationskonzeptes Kernenergie 2009, die aufgrund eigener ökonomischer Interessen einen politischen Beschluss erpressten, der ohne Rücksicht und in vollem Bewusstsein Leib und Leben der Bevölkerung aufs Spiel setzte.

Die Antwort darauf sind ebenfalls Schultafeln, von einem jungen Mann erstellt, der sich beruflich wie außerberuflich für eine dezentrale Energiewende einsetzt. Die Tafeln hat er selbst erstellt, da er einen Kopf hat, der selbst denken und formulieren kann. Ganz ohne PRGS:

<http://smartenergyrevolution.blogspot.de/2012/11/was-wirklich-hinter-dem-wunsch-nach.html>

Und was sagt das Wirtschaftsinstitut, das tatsächlich und nicht nur vorgetäuscht unabhängig ist?

http://www.diw.de/de/diw_01.c.411149.de/themen_nachrichten/quotenmodell_fuer_erneuerbare_energien_ungeeignet.html

Und was sagt die Praxis?

Weil die Briten gemerkt haben, dass ein Quotenmodell für die Stromkunden unnötig teuer ist, führten sie zum 1. April 2010 – nach 13 Jahren Irrweg – im Vereinigten Königreich einen Einspeisetarif nach dem Vorbild des EEG ein.

Das EEG gibt es jetzt seit fast dreizehn Jahren. Zu Beginn mit noch hohen Einspeisevergütungen, die dennoch nur eine minimale EEG-Umlage zur Folge hatte, die dem Verbraucher noch nicht einmal auffiel (rund 1 Maß Bier im Jahr). Auch mit höherer Zubaurate wäre die EEG-Umlage längst nicht so stark angewachsen wie sie jetzt ist. Trotz hohen Zubaus.

Dr. Aribert Peters, Vorsitzender des Bund der Energieverbraucher e.V. formuliert es in einer Pressemitteilung vom 05. Juni 2012 wie folgt:

„Nicht die EEG-Umlage ist der Sündenbock, sondern die Bundesregierung, die rechtswidrig die Umlage aufbläht um sie politisch zu diskreditieren und abzuschaffen. Denn der Erfolg des EEG geht den etablierten Stromversorger an die wirtschaftliche Substanz....“

Und so bleibt die Frage offen, wie der Widerspruch erklärbar ist, dass die Bundesregierung, die bezahlbare Strompreise als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet, gleichzeitig alles dafür getan hat, dass die EEG-Umlage mehr als doppelt so hoch wurde, wie es hätte sein müssen? Wie passt das zusammen, warum wurde so gehandelt, was war die Intention? Wir wissen es nicht, es kann nur vermutet werden.

Vielleicht kann man es besser verstehen, wenn man die politischen Entstehungsprozesse von innen kennt. Ein Erfahrungsbericht eines MdB gibt Einblicke in den parlamentarischen Alltag. Er war zu diesem Zeitpunkt Fraktionsmitglied der Regierungskoalition. Auch hier lernt man daraus vermutlich mehr über die Funktionsweise von Politik als in manchen Politik-Lehrbüchern. Der Haupt-Protagonist ist übrigens nicht die Solarlobby. Es mutet schon sehr merkwürdig an, wenn ein MdB einer Regierungskoalition benötigte Hintergrundinformationen und Unterlagen vom eigenen Wirtschaftsministerium nicht bekommt oder gemauert wird und er deshalb lieber gleich zu dem von den Beschlüssen betroffenen Wirtschaftsunternehmen geht -> hier werden ihm die benötigten Unterlagen bereitwillig herausgegeben. Gerne begleitet mit eigenen Änderungsvorschlägen. Interessant. Genau so war Demokratie gedacht! Oder irre ich?

Wer in Zukunft das Geschäft bei der Energiewende machen will, ist bekannt, doch in Form dieser Großprojekte geht das eben nicht von heute auf morgen. "Netze, Netze, Netze" müsse denn auch die Prioritätenliste des Umweltministers Peter Altmaier lauten, sagt RWE-Chef Terium. Und bis dahin? Welches Konzept liegt vor, wenn nach Altmaier-Rhetorik die **(dezentrale)** Energiewende auf ein „gesundes Maß zurückgeführt wurde und über eine grundsätzliche Reform des EEGs nachgedacht. In Übersetzung: Beendet!

Was sagt das Medium dazu, über das am liebsten Einfluss genommen wird bei politischen Entscheidungen? Das zwar keiner liest, aber real doch sehr viele lesen und das gerade im Wahlkampf gerne verwendet wird, um Stimmungen zu beeinflussen?

<http://www.bild.de/geld/wirtschaft/strompreis/strom-wut-wie-viel-kostet-eigentlich-was-fernsehen-surfen-baden-26725826.bild.html>

Die Altmaier-Orwellsche-Verdrehungs-Rhetorik nach einem Wahlausgang in seinem Sinne steht jetzt schon fest: „Ich habe keinen Zweifel daran, dass die Energiewende richtig ist. An ihr geht kein Weg vorbei, dafür werde ich kämpfen, darauf können sie sich mit mir verlassen. Es bleibt beim Ausstieg, nach wie vor – er dauert nur ein bisschen länger.“

Anhand dieser Originaldokumenten, nachzuweisenden Vernetzungen, stattgefundenen politischen Beschlüssen und Hintergrundinformationen kann jeder Leser nochmals ganz scharf nachdenken, wer Lobbyismus betreibt, wer sich maßlos hohe Gewinne auf dem Rücken der Bevölkerung aneignet, wer die Strompreise hochtreibt und wer welche Interessen welcher Bevölkerungsgruppen vertritt.

Ein Gruß von der Frau aus der „Solarlobby“ an die INSM-vernetzten Schreiber, die ihre Empfehlungen zum Quotenmodell per „neuem Argumentationsansatz“- geschulten Argumente „in den Webdiskurs einspeisen“ wollen. Der ein oder andere wird bereits mit den Füßen scharren.

Übrigens. Ich bin rund 10 km vom AkW Grafenrheinfeld entfernt aufgewachsen. Dort gibt es eine erhöhte Kinderkrebsrate von 20% über dem bayrischen Durchschnitt. Mich hätte es auch treffen können. Ich habe Glück gehabt.